

Verantwortl. Redakteur: A. D. Köhler in Stettin.
 Verleger und Drucker: R. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
 Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
 Vierteljährlich: durch den Briefträger ins Haus gebracht
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.
 Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Neuenblatt 30 Pf.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement für den Monat Dezember auf die einmal täglich erscheinende **Vormersche Zeitung** mit 35 Pf., auf die zweimal täglich erscheinende **Stettiner Zeitung** mit 50 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten an.

Die Redaktion.

Vom bürgerlichen Gesetzbuch.

Einem Vortrag des Herrn Prof. Stein aus Halle entnehmen wir über die Angelegenheit der freiwilligen Gerichtsbarkeit das Folgende:
 Nach der Ansicht des Vortragenden ist das Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17. Mai 1898 keine glückliche Lösung der gestellten Aufgabe, und zwar, weil es dem Gesetzgeber nicht gelungen ist, die hier in Betracht kommenden sehr heterogenen Gebiete gleichmäßig zu behandeln, und weil das Gesetz allzu ängstlich auf die Partikularrechte Rücksicht genommen hat. Der Vortragende giebt darauf einen kurzen Rückblick auf die Entstehungsgeschichte des Gesetzes. Von den bisher erschienenen Kommentaren empfiehlt er den von Ebert und Uebel als einen vorzuziehen. Was zuerst das Geltungsgebiet des Gesetzes anlangt, so bestimmt § 1: Für diejenigen Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, welche durch Reichsgesetz den Gerichten übertragen sind, gelten, soweit nicht ein Anderes bestimmt ist, die nachstehenden allgemeinen Vorschriften. Das Gesetz ist also der Begriff „freiwillige Gerichtsbarkeit“ voraus. Die theoretische Definition (Tätigkeit des Staates zur Entwicklung und Ausgestaltung der Privatrechte im Gegensatz zu der auf ihren Schutz gerichteten) kommt aber nur subsidiär in Betracht. Der Vortragende hat jedoch: Alles das, was in dem Gebiete geregelt ist, ist freiwillige Gerichtsbarkeit; Alles das, was in der Zivilprozessordnung, freitrag, mit oft willkürlicher Abgrenzung. Die Gerichte sind reichsgerichtlich den Gerichten, und zwar prinzipiell den Amtsgerichten, übertragen. Was das Verhältnis zum Reichsrecht anlangt, so verweist das Gesetz in § 185 auf Art. 32 G. G. z. B. G. Bezüglich des Verhältnisses zum Landesrecht ist seine Aufhebung des bestehenden Landesrechts in complex vorzuziehen, da Art. 55 G. G. z. B. G. in § 185 nicht angeführt ist. Zu den allgemeinen Vorschriften über das Verfahren übergehend, wird zuerst die Zuständigkeit besprochen. Sachlich zuständig sind, wie schon erwähnt, die Amtsgerichte. Für Preußen neu ist nur § 69, wonach die Personensachen dem Landgericht zu den Obliegenheiten der Amtsgerichte gehören sollen. Wichtig ist hier noch die Bestimmung des § 143, wonach die Lösung einer Eintragung im Handelsregister über den Kopf des Registrars wegen von dem übergeordneten Landgerichte verfügt werden kann. Bezüglich der örtlichen Zuständigkeit finden wir zahlreiche Eingeständnisse; die für Preußen wichtigsten ist die des § 66, deren schon im vorigen Vortrag durch Prof. Eidenmann eingehende Erwähnung gefunden ist. Die hinsichtlich der Abgrenzung der Gerichtsbezirke ist in den §§ 6 und 7 geregelt. Gegenüber der Fassung des ersten Entwurfs, worin nur eine allgemeine Abgrenzung des Richters vorgesehen war, ist jetzt die Bestimmung getroffen, daß ein Richter in den § 6 näher bezeichneten Fällen von der Ausübung des Richteramtes kraft Gesetzes ausgeschlossen ist. Diese Bestimmung des Entwurfs ist jedoch ohne sachliche Bedeutung, da § 7 bestimmt, daß gerichtliche Handlungen nicht aus dem Grunde unwirksam sind, weil sie von einem Richter vorgenommen sind, der von der Ausübung des Richteramtes kraft Gesetzes ausgeschlossen ist. Bezüglich der allgemeinen Grundzüge des Verfahrens hebt Professor Stein hervor, daß die Öffentlichkeit stillschweigend ausgeschlossen ist, die Öffentlichkeit enger als in der Z. P. O. geregelt und das Prinzip der Mündlichkeit faktisch ist. Die Protokollierung steht in dem Entwurf des Richters, die Form des Protokolls richtet sich in Ermangelung besonderer Vorschriften nach Art. 421 der preuss. W. G. Gerichtsordnung. Anträge und Erklärungen können beim Gerichtsschreiber jedes Amtsgerichts zu Protokoll erklärt werden (§ 11). Ausnahmen sind gemacht für die Aufzeichnungen in Registerbüchern (§ 128) und für Beschlüsse (§ 21 Abs. 2). Der Vortragende weist darauf hin, wie gerade die letztere Ausnahme im Hinblick auf unsere fluktuierende Bevölkerung recht oft eine große Härte sein wird. Die Gerichtssprache anlangend, betont Prof. Stein, daß das Zustandekommen des Gesetzes beinahe an der sog. Polensklause gescheitert wäre. Man hat sich schließlich dahin geeinigt, daß die Zugutachtung eines vereideten Dolmetschers für den Fall, daß ein Teilnehmer der deutschen Sprache nicht mächtig zu sein erklärt, nur bei der Beurkundung erforderlich sei (§ 179 Abs. 1). Das Offizialprinzip ist in § 12 allgemein ausgesprochen. Zu den richterlichen Verfügungen übergehend betont der Vortragende, daß das Gesetz darunter alle Entscheidungen im engeren Sinne und alle Anordnungen verstehen muß mit Ausschluß der rein prozeduralen, wie Terminsbestimmung. Die Wirksamkeit der richterlichen Verfügung beginnt mit der Bekanntmachung an denjenigen, für welchen sie ihren Inhalt nach bestimmt ist. Wir haben jedoch im Gesetz zahlreiche Ausnahmen, bei denen die Wirksamkeit erst mit der Rechtskraft eintritt (§§ 53, 56 Abs. 2, 70 Abs. 2, 97, 98) und allgemeine bei Beschlüssen (§ 26 Abs. 1). Bezüglich der Abänderlichkeit der Verfügungen bestimmt der § 18: „Grachtet das Gericht eine von ihm erlassene Verfügung nachträglich für ungerechtfertigt, so ist es berechtigt, sie zu ändern; soweit eine Verfügung nur auf Antrag erlassen worden kann und der Antrag zurückgewiesen worden ist, darf die Abänderung nur auf Antrag erfolgen. Zu der Abänderung einer Verfügung, die der sofortigen Beschwerde unterliegt, ist das Gericht nicht befugt.“ Bezüglich des letzten Satzes des Prof. Stein, daß diese sehr doktrinaire Be-

gelung den Mangel einer dem § 577 Abs. 2 Z. P. O. entsprechenden Vorschrift bedauern läßt. Ueber die Vollstreckung der Verfügungen in der freiwilligen Gerichtsbarkeit ist im Gesetz kein Wort gesagt. Hier ist also eine große Lücke. Durch diesen Mangel wird insoweit auf die Rechtshilfe illusorisch: Die Gerichte können sie nicht leisten, die Vollstreckungsorgane aber können sie nicht „nach Maßgabe der Prozessordnungen“ (§ 577 Abs. 1) durchführen, da auch das beschließende Gericht diese Macht nicht hätte. Zum Schluß tritt Prof. Stein noch in die Besprechung der Beschwerde ein. Es ist außerordentlich zweifelhaft, welche Verfügungen der Beschwerde unterliegen, ferner zweifelhaft, wer das Recht zur Beschwerde hat. Die Legitimation zur Beschwerde ist zum Teil überaus kasuistisch geregelt, so besonders in den §§ 57 und 60. Die Generalanfechtung hinwiederum des § 20: Die Beschwerde steht Jedem zu, dessen Recht durch die Verfügung beeinträchtigt ist, ist ungebührlich eng. Diese Enge wird gemindert für Vormundschaftsachen, besonders durch § 57 Abs. 9, wonach gegen eine Verfügung, die eine Entscheidung über eine der Sorge für die Person des Kindes oder des Mündels betreffende Angelegenheit enthält, Jedem, der ein berechtigtes Interesse hat, die Angelegenheit wahrzunehmen, die Beschwerde zusteht. Diese Bestimmung ist nach der Ansicht der Antragsteller auf Pfarrer, Volksschullehrer etc., insbesondere bei Fragen der religiösen Erziehung berechnet. Seine Enge wird ferner für Handelsregisterachen gemindert durch § 186, wonach die Organe des Handelsstandes (Handelskammer, Älteste der Kaufmannschaft u. s. w.) verpflichtet sind, die Registergerichte bei der Verhängung unrichtiger Eintragungen, sowie bei der Verhängung und Vervollständigung des Handelsregisters zu unterstützen, und berechtigt sind, Anträge zu diesem Zwecke bei den Registergerichten zu stellen und gegen Verfügungen, durch die über solche Anträge entschieden wird, das Rechtsmittel der Beschwerde zu erheben. Bezüglich des Instanzenzuges: Beschwerdegericht ist das Landgericht; für alle Handelsachen — und dies ist ein bemerkenswerthes Novum — dessen Kammer für Handelsachen; in gewissen Fällen das Oberlandesgericht.

Deutschland.

△ Berlin, 24. November. Das Staatsministerium trat heute Nachmittag 3 Uhr unter Vorsitz des Fürsten Hohenlohe zu einer Sitzung zusammen.
 — Finanzminister Wigel muß wegen eines Bronchialkatarrhs das Zimmer hüten.
 — Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht die Abberufung und Verlegung in den höchsten Stellen der bisherigen Gefandten beim päpstlichen Stuhle, Otto von Wilmow, und die gleichzeitige Verlegung des Großkreuzes des Roten Adlerordens mit Ordenband an denselben.
 — Der Bundesrat genehmigte in seiner heutigen Sitzung die Ansuchen der über die Entwürfe des Staats für den Reichsanzeiger und die Reichskasse, für das Reichsamt des Innern, das Reichsamt der Reichsbahn und den Reichshof des deutschen Reiches.
 — Gegenüber einer französischen Mittergung, daß seitens der deutschen Regierung Schritte beim Ministerium des Reichs gethan worden seien, um als eine Konzession das Recht für den deutschen Konsul zu erwirken, die deutschen Konsuln in Belgien zu beschicken, konstatiert die „Post“, daß keine Verhandlungen wegen der Protektionsfrage in Paris stattgefunden, ja überhaupt keine stattfinden können, weil es einzig Sache des deutschen Reiches ist, ob es seine Unterthanen in der Fremde beschützen will und kann.
 — In diesen Tagen geht von der Königl. Bibliothek in Berlin aus, wo die vorbereitenden Arbeiten für die Kaiser-Wilhelm-Bibliothek in die Wege geleitet sind, eine neue Sendung von 21 Stücken nach Polen ab. Abgesehen von den Geschenken Privater und einzelner kleinerer Verleger ist darin der erste und kleinere Teil der außerordentlich zahlreichen Doppelrequisiten der Königl. Bibliothek enthalten. An der genannten Berliner Zentralstelle treffen täglich Doublettenrequisiten von Gymnasien und höheren Lehranstalten fast aus allen Provinzen Preußens ein, die in gar nicht seltenen Fällen — erwähnt seien in der Hinsicht z. B. die Gymnasien von Neutruppin, Bromberg u. s. w. — sehr werthvolle ältere Werke und Zeitdrucken, sowie Schulprogramme aufweisen. Des Weiteren kauft jetzt allgemein der Bescheid der wissenschaftlichen Vereine ein, an die sich das Bibliotheks-komitee um Lieferung der verschiedenen Publikationen gewandt hatte. Fast ausnahmslos wird mit warmen Worten die weittragende Bedeutung des Vorhabens anerkannt und die Bitte in vollem Maße gewährt; indessen sind die älteren Jahrgänge häufig vergriffen. Öffentlich gelangt es, diese unerschöpflichen Vorkommen der Doublettenbeständen der öffentlichen Bibliotheken zu ergänzen.
 Wie schon erwähnt, werden jetzt auch die deutschen Großindustriellen und Kaufleute um Spenden für das große nationale Unternehmen angegangen. Auch hier hat das rüstig weiterarbeitende Komitee schon schöne Erfolge zu verzeichnen. Der kaiserliche Gefandte z. D. Raschbau in Berlin hat einen Beitrag von 1000 Mark beigetragen. Herr Geh. Kommerzienrath v. Meibelsohn-Darhoby in Berlin, Herr Bankier L. Delbrück ebendort und der als wohnortiger Förderer aller nationalen Bestrebungen bekannte Freiherr v. Hofmann in Leipzig haben je 500 Mark eingeworfen. Sündert Mark oder mehr sind von Herrn Geh. Kommerzienrath v. Danneberg, von Herrn Geheimrath Brinner in Berlin, von Herrn Fabrikbesitzer Ernst Köhl ebendort, von Herrn Kommerzienrath Daniel in Düsseldorf, von Herrn Geh. Kommerzienrath Dr. Schönwinkel in Gelsenkirchen, von Herrn Professor Dr. Stephan und noch anderen eingezahlt. Mehrere Lehrkollegien von Gymnasien, wie die in Bremen und Bochum haben für die Kaiser-Wilhelm-Bibliothek größere oder kleinere Beträge aufgebracht. Dem Vorgange der Stadt Leipzig, die außer einer werthvollen Bibliotheksaktion aus der von ihr erworbenen Bibliothek Heinrich von Treitschkes 500 Mark spendete, folgend, hat jetzt auch die Stadt Dortmund 100 Mark der Kaiser-Wilhelm-Bibliothek überwiesen.

So ist auch nach der Richtung hin ein erfreulicher Anfang gemacht. Entgegenkommen werden diese Beträge entweder von der Allgemeinen Deutschen Kreditanstalt in Leipzig oder aber von der Kasse der Generalverwaltung der Königl. Bibliothek in Berlin (Berlin C., Am Opernplatz).

Kiel, 24. November. Der kommandirende Admiral, Admiral v. Knorr, befehligte heute die Marine-Bildungsanstalt; in seiner Begleitung befanden sich Komre - Admiral Bendemann, Kapitän z. S. Breusing und Kapitän-Lieutenant Schamer.

Der auf der Werft des „Vulkan“ erbaute neue Kreuzer „Hansa“ ist heute von Stettin kommend hier eingetroffen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 24. November. Heute fand eine feierliche Sitzung der Oesterreichisch-ungarischen Bank statt, in welcher der Bankgouverneur die Festrede hielt, die der Huldigung anlässlich des Regierungsjubiläums des Kaisers gewidmet war. In der darauf folgenden geschäftlichen Sitzung wurde die Erhöhung des Bankzinsfußes um 1/2 Prozent mit der Begründung beschlossen, daß die Erhöhung sich aus Gründen der Vorsicht empfehle, wenn auch augenblicklich keine zwingende Nothwendigkeit dafür bestehe. Von morgen ab ist demnach der Zinsfuß für Wechsel und Effekten-Komplexe 5, für Darlehen auf Staatsrenten und Bankpandbriefe 5 1/2, und für Darlehen auf andere Werthpapiere 6 Prozent.

England.

London, 24. November. Der „Standard“ meldet aus Odesa vom gestrigen Tage: In hiesigen militärischen Kreisen verlautet, daß die Belagerung in Rußisch-China Anfangs nächsten Jahres um 12 000 Mann erhöht werden soll. Die jetzt in Wladiwostok im Bau befindlichen russischen Kriegsschiffe würden direkt nach Ostasien geschickt werden.

Asien.

Yokohama, 24. November. (Meldung des „Neueren Bureau“.) Nach einem Telegramm aus Sül geniaut die Reformpartei an Boden. Mehrere Beamte, unter ihnen der voranführende Gefandte in Japan, wurden verbannt. Der Kaiser erklärte den Vertretern der Mächte, er wünsche Reformen einzuführen.

Von der Marine.

Der vor Santiago gesunkene, dann von den Amerikanern gehobene spanische Panzerkreuzer „Maria Teresa“ ist am 2. November auf der Ueberführung von Kuba nach den Vereinigten Staaten gesunken und nun entgültig verloren. Das Schiff konnte nach vorläufiger Reparatur durch die Hilfsmittel des amerikanischen Werftstadts „Baltimore“ mit der eigenen Maschine gegen 6 Meilen dampfen. Auf der am 20. Oktober abgetretenen Reise von Gaimanera nach dem Norden wurde das Schiff vom „Vulkan“ und dem Dampfer „Merit“ begleitet und geschnitten. Der Führer der „Maria Teresa“ war der Vizeleutnant-Kommander Jra Harris. Am 1. November Morgens 6.30 Uhr der Wind bei schnell zunehmendem See-gang stürmisch aus NO. zu wehen. Das Schiff legte immer mehr; als das Wasser die stöhlenden erreicht hatte, wurden die Pumpen durch Kohlen mangel, und schließlich mußte das stehende Schiff in etwa 24° N. Breite und 74° 20' W. Länge verlassen werden. „Vulkan“ und „Merit“ nahmen die Mannschaften auf. Nach dem Bericht seines Führers hat das Schiff durch den starken Brand vor Santiago in seinen Verbänden mehr gelitten, als angenommen wurde; auch haben die vorläufigen Abbildungen der Lecks bei den heftigen Bewegungen des Schiffes im Stürme nicht Stand halten können. Selbst die Außenwände leichten beim Arbeiten des Schiffes sowohl in der Fugen zwischen den Platten als auch an den Rippen. Bei günstigerer Witterung wäre die Ueberführung dieses schwerwichtigen Schiffes nach Nordamerika indessen wohl möglich.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 25. November. Zu der von uns gemeldeten Verhaftung des Arbeiters Arno Seibel in einem Gasthofe am Rosengarten wegen Zerschmetterung wird uns noch mitgeteilt, daß sich Seibel als Chemiker ausgegeben und in das Fremdenbuch eingeschrieben, dabeist aber nicht logirt hatte, da sich seine Zahlungsunfähigkeit schon vorher herausstellte.

Dem Eisenbahn-Stations-Assistenten a. D. F. Oeffin zu Stettin, bisher in Breslau in der königlichen Kronen-Ordnung vierter Klasse verliehen.

Bellevue-Theater. In dem bekannten Hoch-Reicherischen Schauspiel „Dorf und Stadt“ stellte sich gestern Abend Frau Auguste Prash-Grevenberg vom Berliner Theater in Berlin vor und spielte das „Körle“ des rührigen Stüdes ganz vorzüglich, mit Lust und Leben, naiv und amüthig, dabei so natürlich im Schmerz und so drollig im „Schwätzeln“, daß das leider nicht sehr zahlreiche Publikum mit der stürmischen Lachen und weinen mußte. Aber auch unser heimisches Personal that voll und ganz seine Schuldigkeit; besonders gefielen Fräulein Haagen als Bärbel, Herr Schumann als Lindemuth, Herr Meiner als Vater Reinhard und Herr Figa als Christoph Balder. Heute tritt Frau Prash-Grevenberg als „Vittorio“ in dem Schöpfungsspiel „Menschen“ auf, in welcher Rolle sich die Künstlerin die hübschste Anerkennung Sr. Majestät des Kaisers erworben hat. Am Sonntag tritt die Künstlerin in „Cyprien“ zum letzten Male auf.

Literatur.

David Sanders Jüdenlexikon. Mit dem Porträt des Verfassers. In einfachem Einband 6 Mark, in Gesandtenband 7 Mark. Verlag von J. J. Weber in Leipzig. Daniel Sanders hat bei der Anfertigung dieses Lexikons nicht nur eine erstaunliche Fleißigkeit, sondern auch eine seltene Fleißigkeit bewiesen. Er beschränkt sich nicht darauf, Sentenzen aus Homer, Shakespeare, Goethe u. m. anzuführen, er benutzt die werthvollsten Quellen der Bibel, des

neben das Sprichwort und Stammbuchblatt treuen treffende Gedanken und kernhafte Worte aus der Gegenwart. Zum Genuß der politischen Debatte gefüllt sich der schatthafte Humor der „Jüdischen Blätter“, die Satire des „Kadde-radar“.

Vize-Admiral a. D. Werner, „Deutsche Seekriegsgeschichte“. Verlag von Lehmann in München. Preis 9 Mark, geb. 10 Mark. Zum ersten Male wird hier von einem hervorragenden Fachmann eine zusammenhängende Geschichte der Entwicklung der deutschen Flotte von den ältesten Zeiten bis auf den heutigen Tag gegeben. Das Buch bietet für Alt und Jung eine Fülle der Belehrung, Anregung und Begeisterung. Werner schildert uns, wie die deutsche Flotte eine Weltmacht wurde und England ihre Geheiß anzwang, wie die nordischen Könige nur mit Erlaubnis der Hanse ihre Kronen annehmen durften. Was Entzückt stund gemacht, zerfiel durch Zwietracht und mit der Stärke der Flotte ging auch der blühende deutsche Handel zu Grunde. Der große Kurfürst hatte weitblickend die Bedeutung der Flotte wieder erkannt und bot Alles auf, sie zu heben und ein Kolonialreich zu schaffen — leider vergeblich. Erst 200 Jahre später wurde sein Werk wieder fortgesetzt. Der Flottengründung im Jahre 1848, der Norddeutschen und der Reichsflotte ist ein breiter Raum gewidmet. Wenn die Flotte auch noch keine Gelegenheit hatte, in großen Schlachten ihre Kraft zu erproben, so ist sie, wie wir auch hier erkennen lernen, doch in Ungeheuren Fällen kraftvoll für die Interessen des Reiches eingetreten. Werner's Erzählweise tritt auch in diesem Buche, das noch rechtzeitig vor Weihnachten erschienen ist, glänzend zu Tage. [319]

Stadttheater.

Zum ersten Male: „Auf der Sonnen-seite“, Lustspiel von Hummel und Kadelburg. — Wenn ein neues Lustspiel der genannten Autoren über die Bühne geht, so kann man verheißt sein, daß sich unter der Bezeichnung „Lustspiel“ recht wenig Handlung, aber eine Reihe bunter, lustiger Szenen mit mehr oder weniger guten Einfällen und Wigen verbirgt und daß die auf der Bühne angeführten Personen zum größten Theil bekannte Lustspielfiguren sind. Auch „Auf der Sonnenseite“ muß darin keine Ausnahme, aber das Lustspiel beweist auf neue, daß die Kompanie Hummel-Kadelburg die Wache versteht und das Publikum kann, letzteres will unterhalten sein und so wird denn auch alles aufgegeben, um zu unterhalten, dies ist den Autoren auch gelungen, wie die Heiterkeit beweist, welche gestern das Haus beherrschte und welche zum Teil die beängstigte Ausnahme annahm. Wie bei ihren früheren Arbeiten haben die Verfasser in das volle Menschenleben hineingegriffen, natürlich in das Berliner Leben, und führen daraus einige zwar nicht mehr neue, aber doch sehr lustige Typen vor. Da ist zunächst der durch seine Arbeit emporgekommene und zum Millionär gewordene Handwerker, in diesem Falle ein Kunsttöpfer Wulfov, der dieser Wulfov eine etwas verdrehte, für das „Höhere“ schwärmende Frau und eine hübsche verlebte Tochter hat, verheißt sich bei einem Berliner Lustspiel von selbst. Dazu gesellen sich als Gegenstücke zwei Nichtstuer, natürlich sind sie ablig, haben alles durchgebracht und spekulieren auf eine reiche Partie und rechnen darauf, daß ihnen wie bisher das Leben „auf der Sonnenseite“ hinführen werde. Die Pläne werden in der Tat in der Tat zu ordentlichen Menschen befehrt, natürlich bringt die alles bewältigende Liebe dies Kunststück fertig und vor zwei glücklichen Paaren senkt sich schließlich der Vorhang. Die Novität ist wieder sehr beifällig, besonders der Dialog sehr witzig, aber hinter dem „weißen Riß“ bleibt es erheblich zurück. Eine prächtige Figur nach bekanntem Muster haben die Autoren in dem einen der Nichtstuer „Richard von Brück“ geschaffen, welcher gestern in Herrn Lebus würdige Verhüllung fand, derlei spielte den lustigen Sauwird, welcher im Leben stets „daneben“ greift, mit flottem Humor, und auch der zweite etwas ernsthafter veranlagte Vertreter des Hummel-Kadelburg, „Freiherr von Sandorf“, wurde von Herrn Minald in lebenswunderlicher Weise verkörpert. Herr Schumann aber vermißt als ehemaliger Töpfermeister jede Derbheit, er hielt mit seiner Komik Witz und dadurch gewann seine Darstellung, recht gut fand sich Herr Wulfov mit der hochmüthig geborenen Handwerkerfrau ab und auch die beiden anderen Damentypen waren in Fräulein Kallweit und Fräulein Heise auf das beste vertreten. Eine ergötzliche Figur gab Herr Vornno in der kleinen Partie eines Dieners. Sehr vortheilhaft hob sich die Inszenierung hervor, es war besondere Sorgfalt darauf verwendet.

R. O. K.

Gerichts-Zeitung.

Stettin, 25. November. „Der Andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein“, sagt ein altes Sprichwort, welches wieder einmal durch eine Verhandlung in der gestrigen Sitzung des hiesigen Schöffengerichts illustriert wurde. Nach einer Verordnung der königlichen Polizeidirektion ist in Betreff der Sonntagsbeurteilung festgesetzt, daß Gewerbetreibende verpflichtet sind, in den Schaufens Verkaufsgeschäften während der Sonntagsruhe, in welchen der kaufmännische Betrieb unterbrochen ist, nicht zur Schau zu stellen. Wegen Uebertretung dieser Verordnung war der Garde-robehändler H. Baden mehrfach in Strafe genommen, dies ärgerte ihn und da er glaubte, daß er die Strafangelegenheiten nachhaken und vergelten zu verstanden hatte, sann er auf Rache und eines Sonntags gab er einem Schuhmann verschiedene Gegenstände in seiner Nähe zur Strafanzeige an, weil dieselben ihre Schaufens nicht vorchriftsmäßig gelendet haben sollten. Einige derselben bezahlten die festgesetzte Strafe, um Weiterungen aus dem Wege zu gehen, nur drei beantragten gerichtliche Entscheidung und hand deshalb gestern Termin an, zu welchem Baden als Zeuge geladen war. Dieser konnte aber zur Begründung der von ihm erstatteten Anzeigen nichts vorbringen, im Gegen-satz, der betreffende Schuhmann bekundete, daß

die Geschäftsinhaber vorchriftsmäßig gelendet hatten. Unter diesen Umständen erfolgte in allen drei Fällen Freisprechung und mit Rücksicht auf sein überaus freijähriges Vorgehen bei den Anzeigen wurde der Zeuge Baden in zwei Fällen zu den Kosten des Termins verurtheilt.

Stettin, 25. November. Vor dem hiesigen Schöffengericht hatte sich gestern der Landwirth Gustav Böder aus Voss a. O. wegen fahrlässiger Urkundenfälschung bezw. Verleitung zu diesem Verbrechen zu verantworten. Die Anklage erstreckte sich ursprünglich auch auf die inzwischen verlebte Alerburgs Wittve Marie Böder. Der Thatsachen ist kurz folgender: Im Jahre 1886 kaufte der Vater des Angeklagten, Alerburger Karl Böder zu Voss, zwei der St. Stephanskirche dazugehörige Ackerparzellen. Der Vertrag, welcher auf 12 Jahre lief, enthielt n. a. die Bedingung, daß beim Ableben des Pächters dessen Erben in das Pachtverhältnis einzutreten hätten. Der Mann verstarb noch in dem Jahre des Pachtabschlusses, jedoch die vorerwähnte Bestimmung alsbald in Wirksamkeit trat. Die Erbchaft ging auf die Wittve und deren drei Kinder, den Angeklagten sowie zwei Schwestern, über, im Jahre 1891 erfolgte jedoch eine Auseinandersetzung, wobei Gustav B. das ganze Pachtverhältnis übernahm, während die Schwestern eine Abfindung und die Mutter das Altmittel erhielt. Der Pachtzins für die Ackerparzellen, der im Ganzen 472 Mark ausmachte, war niemals besonders pünktlich gezahlt worden und im Dezember 1896 mußte Böder noch um die Pacht für das Jahr 1894—95 gemahnt werden, worauf endlich die Zahlung erfolgte. Der Pächter Gustav Böder hatte sich, um das Geld in Empfang zu nehmen, mit einer fertig geschriebenen Quittung in die Böder'sche Wohnung begeben, wobei er gleich an die schon zu Markte 1896 fällig gewesene Pachtzahlung für 1895—96 erinnerte. Wegen des Pachtzins für das zu letzt erwähnte Jahr mußte jedoch ein Prozeß angestrengt werden und als im September 1897 die Anstellung der Klage erfolgt war, trat Gustav Böder plötzlich mit der überraschenden Behauptung auf, die Pacht sei schon bezahlt und die Mutter besitze Quittung darüber. Die Wittve Marie Böder brachte denn auch auf Ersuchen des Gerichts eine Quittung vom 7. Dezember 1896 bei, worin der Empfang von 472 Mark als Pachtzins für das Jahr 1895—96 bescheinigt wurde. Dieses Dokument war durch Uebermalen der Jahreszahlen gefälscht worden und die Anklage behauptet, daß Gustav Böder seine Mutter zu der Urkundenfälschung angestiftet habe. Der Angeklagte bestritt jede Schuld, wobei er besonders Gewicht darauf legte, daß er in das Pachtverhältnis nicht förmlich eingetreten sei, vielmehr nur für die Mutter die Verwirthschaftung des Ackerlandes übernommen habe. Die Geschworenen gelangten nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme zu einem Schuldbild unter Ausschluß mildernder Umstände, der Spruch lautete auf Gebrauch einer gefälschten Urkunde. Das Gericht verhängte gegen den Angeklagten eine Zuchthausstrafe von zwei Jahren und Ehrverlust auf die gleiche Dauer.

In derselben Sitzung wurde ferner verhandelt gegen fünf Personen, welche wegen qualifizierten Aufhebens (§ 115 Abs. 2 des Strafgesetzbuchs) bestraft wurden. Wegen Ueberhandes und Körperverletzung zur Veranlassung gezogen worden waren. Der Anklage lag ein Bericht zu Grunde, der sich am 24. Juni d. J. beim hiesigen Personnenbahnhof abspielte. Am Vormittag wurde der Schuhmann Dallmann, welcher auf dem Bahnhof Wache hatte, von zwei Arbeitern um seinen Beistand angegangen, weil ein auswärtiger Schachmeister sie angeborben, aber nicht mitgenommen habe. Der Schuhmann bewachte, in der Sache nichts thun zu können und wies die Leute an das Gewerbegebet. Nachmittags kamen Beide angezogen wieder und trugen dieselbe Sache nochmals vor, worauf ihnen die gleiche Antwort zu Theil wurde mit dem Grunden, den Bahnhof zu verlassen. Nun stellten sich die Arbeiter vor dem Bahnhofsporal mit ihrem Werkzeug auf und begannen zu kratzen, weshalb schließlich einige Passanten Beschwerde führten. Der Schuhmann versuchte die Friedensförderer zu entfernen, und da ihm dies nicht gelang, so schickte er sich an, den Haupt-schreiber abzuführen. Der Andere folgte, es war dies der Arbeiter Emil Labuhn, ein vielfach vorbestrafter Mensch. Als der Schuhmann mit dem Arbeiter bis an den Garten des Bahnhofsgeländes gelangt war, erhielt er von Labuhn einen Schlag mit der Schaufel auf den Rücken, weshalb er sich nun gegen diesen Angreifer wehren mußte. Er entriß demselben die Schaufel und zog blut, wobei er L. verhaftet erklärte, dieser wollte sich jedoch mit einem Stoch, bis er einen Stachel über den Kopf erhielt, der ihm niederstreckte. Der Angreifer hatte eine Menge Messingringe angelockt, die alle geneigt waren, gegen den Beamten Partei zu nehmen, man hörte Rufe wie „Haut ihn“, „Schlagt ihn todt“, und zwar werden als Greier der Arbeiter Gustav Hofen berg von hier und der Schlosser Emil Lemke aus Stargard bezeichnet. Auch der Gasmünder Karl Herber aus Berlin soll gegen den Schuhmann aufgetreten sein. Schließlich wurde sich noch der Arbeiter August Müllers hinein, der den Schuhmann am Kopf packte und ihm die Uniformstücke abriß. Dallmann mußte der Menge weichen und vom Bureau aus um Hilfe telephoniren; als Letztere eintraf, wurden die vorgenommenen Vernehmungen verhandelt und die Menge zerstreut. Die Geschworenen sprachen Alle mit Ausnahme von Herber im Sinne der Anklage schuldig und wurden daraufhin verurtheilt: Labuhn wegen Körperverletzung und Ueberhandes zu neun Monaten Gefängnis, Hofen berg, Lemke und Müller wegen Aufruhrs (unter Annahme mildernder Umstände), M. zu acht, L. und M. zu je 9 Monaten Gefängnis. Herber wurde freigesprochen.

Braunsberg (Ostpr.), 23. November. Ein Gismundprojekt befehligte heute das Schöffengericht unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Willhowski. Auf der Anklagebank saßen die Hofmannswittve Marie Lou geb. Fricke aus Talpitten, 38 Jahre alt, und der 30jährige knecht Gottfried Wiebrodt unter der Anklage, den Gismund Lou durch Aneignung gemordet zu haben. Marie Lou war seiner Zeit Magd im Hause ihres späteren Gismundes, der sie, obgleich er 32 Jahre älter war, im Jahre 1884 heirathete, nachdem er Wittwer geworden war.

